Dresdner Nachrichten (Sächs. Staats-Anz.) Nr. 127. 2. Ausg. Mittwoch, 7. Mai 1890.
Butter täglich frisch. 3 Mal frisch.
Fr. Nachr. Bautznerstr. 41|42)

setzungsvorschlag abgelehnt, weil er glaubt, mit der Zeit noch mehr erlangen zu können. Diese Bemerkungen vorauszuschicken war zum Verständniß des Folgenden nöthig. Die Sache nimmt sich in der amtlichen Rathsdarstellung also aus: „Die Direktion der (alten) Dresdner Straßenbahngesellschaft hat Vorschläge zur Einführung eines Zonentarifes auf ihren Linien gemacht und um deren Genehmigung gebeten. Darnach sollen Theilstrecken eingerichtet werden, für deren Fahrpreisbemessung unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse und des jeweiligen Verkehrsbedürfnisses folgende Längenmaße zu Grunde gelegt worden sind. Für die Strecken, welche ungefähr 1500 bis 3000 Mtr. lang sind, sollen 10 Pfg., für die Strecken von ungefähr 3000 bis zu 4000 Mtr. Länge 15 Pfg., für Strecken von ungefähr 4000 bis 6000 Mtr. Länge 20 Pfg. und für die Blasewitzer Linie in ihrer vollen Ausdehnung 25 Pfg. erhoben werden. Auch soll für Schulkinder der Fahrpreis ohne Rücksicht auf die Länge der Fahrt nur 10 Pfg. betragen und mit der Einführung dieses Zonentarifs die Erhöhung der Fahrpreise an Sonn- und Festtagen sowie nach 10 Uhr Abends in Wegfall kommen. Dagegen beabsichtigt die Straßenbahngesellschaft, mit dem Inkrafttreten des neuen Tarifs die bisherigen Abonnementsfahrkarten, einschließlich der vertragsmäßig für die Blasewitzer Linie eingeführten zu 20 Pfg., sowie die versuchsweise eingeführten bisherigen Umsteigefahrkarten abzuschaffen. — Der Straßenbahnausschuß des Rathes empfahl jedoch dem Rathe, die Zustimmung zur Aufhebung der Abonnementskarten und der Umsteigekarten Seiten des Rathes nicht auszusprechen und es der Gesellschaft zur eigenen Vertretung zu überlassen, ob sie von weiterer Abgabe der im Stadtbezirke eingeführten Abonnements- und Umsteigekarten abstehen wolle, auch die von der Gesellschaft vorgeschlagenen Tarifveränderungen und Tariferhöhungen nur unter der Bedingung zu genehmigen, daß die Umsteigekarten in eben derselben Weise eingerichtet würden, wie sie der neuen Straßenbahngesellschaft zur Bedingung gemacht worden sind, nämlich je nach der Länge der beiden Anschlußstrecken zu den verschiedenen Preisen von 15, 20 und 25 Pfg. Die Direktion der Straßenbahngesellschaft hat aber im Voraus diese Bedingungen abgelehnt und sich nur bereit erklärt, für die Befahrung von 2 längeren Strecken verschiedener Linien, für welche nach den neuen Tarifen der Fahrpreis 35 beziehentlich 40 und 45 Pfg. zusammen betragen würde, Umsteigekarten für 30 Pfg. ausgeben zu wollen. — In dieser Lage gelangte die Sache an den Gesammtrath. Bei der Berathung darüber wird mehrheitlig anerkannt, daß mit der Einführung von zahlreichen Zehnpfennigstrecken eine erhebliche Erleichterung für die Verkehrenden eingeführt werde und daß man die dargebotenen Erleichterungen nicht ganz von der Hand weisen möge, von anderer Seite dagegen darauf hingewiesen, daß durch die Ausgabe von Umsteigekarten der zuletzt angebotenen Art einem besonderen Verkehrsbedürfnisse kaum Rechnung getragen werde, da diejenigen Strecken, für welche sie dienen würden, höchst selten befahren würden. Die Umsteigekarten würden vielmehr gerade für anschließende, meist kürzere Strecken verschiedener Linien am meisten begehrt, deren Fahrpreise nach dem neuen Tarife zusammen 25, ja sogar 30 Pfg. betrügen, während nach dem bisherigen Tarife mit den Umsteigekarten anschließende Strecken ohne Rücksicht auf deren Länge für 20 Pfg. befahren werden könnten. Hieraus folge auch, daß durch die Einführung von Zehnpfennigstrecken dem Bedürfnisse nach Umsteigekarten nicht abgeholfen werde. Die Strecken, die man nach dem neuen Tarife für 20 Pfg. durchfahren könne, seien wesentlich kürzer, als die Strecken, welche mit den jetzigen Umsteigekarten befahren werden könnten. Die mit dem neuen Tarife verbundenen Preisermäßigungen vermöchten daher diejenigen Vortheile nicht aufzuwiegen, auf welche zu Ungunsten des Publikums verzichtet werden solle, zumal da, abgesehen von dem Wegfalle der Umsteigekarten und der Abonnementsfahrkarten, nach dem neuen Tarife für die Linien Böhmischer Bahnhof-Arsenal, Postplatz-Waldschlößchen, Alaunplatz-Reichsstraße, Neumarkt-Strehlen, Postplatz-Pieschen und für die Strecke der Striesener Linie Waltherstraße-Fürstenplatz, für welche jetzt vertragsmäßig ein Fahrpreis von 15 Pfg. erhoben wird, ein solcher von 20 Pfg. eingeführt werden würde. — Schließlich wird auch noch geltend gemacht, daß es überhaupt nicht unbedenklich erscheine, zu einer Zeit, zu welcher die Inbetriebsetzung mehrerer Linien der neuen Straßenbahn-Gesellschaft und somit die Einführung der mit letzterer vereinbarten Tarifbestimmungen nahe bevorstehe, die in Vorschlag gebrachte Tarifumänderung der alten Gesellschaft zu genehmigen, ohne erst abzuwarten, ob und wie sich die Tarife der neuen Straßenbahn-Gesellschaft bezüglich der Umsteigekarten gestalten werden. Bei der Abstimmung wird die Ertheilung der Genehmigung zu den vorgeschlagenen Tarifabänderungen mit Stimmenmehrheit abgelehnt. — Soweit die Rathsdarstellung. Es ist nicht leicht, sich über alle Consequenzen des neuen Vorschlages ein in jedem einzelnen Falle richtiges Urtheil zu bilden. Die Vortheile, die allseitig mit Freude aufgenommen wurden, sind dreierlei: Wegfall des Sonntagszuschlages, Wegfall des höheren Nachttarifes und eine sehr beträchtliche, weitgreifende Vermehrung der 10Pfg.-Strecken. Ueber die Ungerechtigkeit des Sonntagszuschlages ist kein Wort mehr zu verlieren: er ist auf die Dauer eben einfach unhaltbar; auch der theuerere Nachtpreis ist sachlich unbegründet. Gern aber sei zugegeben, daß diese Zugeständnisse es rechtfertigen würden, der Gesellschaft einige anderweite Vortheile zu gewähren. Nur dürften diese nicht allzu groß sein, damit nicht eine nur scheinbare Verbilligung eintrete. Das nimmt aber der Stadtrath an. Um jedoch hier klar zu sehen, sei auf eine Lücke oder einen Druckfehler in der Rathsmittheilung hingewiesen. In derselben heißt es: Strecken von 1500—2000 Mtr. sollen 10 Pfg., Strecken von 3—4000 Mtr. 15 Pfg. kosten. Ja, wo bleiben denn die Strecken zwischen 2 bis 3000 Mtr. Sollen diese 10 oder 15 Pfg. kosten? Das Bild ändert sich sehr wesentlich zum Vortheil oder Nachtheil des Publikums, je nachdem es für eine Strecke bis zu 2- oder bis zu 3000 Mtr. 10 Pfg., oder für eine solche von 2—4000 Mtr. 15 Pfg. bezahlt! Soll künftig die 3000 Mtr.-Strecke nur 10 Pfg. kosten, so könnte man über andere Verheuerungen allenfalls hinwegsehen. Wenn nicht, nicht. Zonentarife sind sehr hübsch, aber sie haben auch ihre Bedenken: Das Publikum hat im Allgemeinen keinen festen Begriff, was eine 2000 Mtr.-Strecke ist, es muß das erst durch die Erfahrung lernen. Es wird stets zu Hudeleien und Streitigkeiten kommen. Das Endziel bleibt der 10-Pfennigpreis für jede Strecke, unbeschadet einiger weniger, durch ganz besondere örtliche Verhältnisse bedingter Ausnahmen. In anderen Großstädten fährt man auch die weitesten Strecken für 10 Pfg.; die Gesellschaften befinden sich infolge der Massenbenutzung der billigen Fahrgelegenheit recht wohl dabei. Die Aufhebung der Abonnements bedeutet aber für Viele eine empfindliche Mehrausgabe gegen jetzt. Die 15 Pfennig-Fahrt stellt sich im Abonnement auf rund 13 Pfg. Wenn man also z. B. für die Fahrt auf der Linie Böhm. Bahnhof-Arsenal, Postplatz-Pieschen, auf der Striesener Linie, die man jetzt als Abonnent in ihrer ganzen Länge für 13 Pfg. befährt, 20 Pfg. bezahlen muß, so ist das nach Wegfall der Abonnements ein Aufschlag von sogar 7 Pfg. Und wennschon diese Fälle nicht die Mehrheit bilden, so fallen sie doch für Viele in's Gewicht. Der Rath faßt also den „Verbilligungsvorschlag" der alten Gesellschaft nicht als solchen auf; er weist ihn als mit zu vielen anderweiten Nachtheilen verbunden zurück. Seine Rechnung geht dahin, durch die neue Concurrenz die alte Gesellschaft schon zu noch weitergehenden Zugeständnissen zu zwingen.

— Am Montag Abend versammelte sich auf Einladung des Vorstandes des Gemeinnützigen Vereins der Gesammtausschuß für Ferienkolonieen (Sommerpflegen), dem neuerdings beigetreten sind die Herren Baumeister Adam und Baron, Oberarzt Dr. Sprengel, Schuldirektor Schindler, Apotheker Stadtver. Müller, Drechslermeister Stadtv. Seyffarth und Fabrikant Stadt. Gäbler, im Zeichensaale der 7. Bürgerschule, um über die diesjährige Unterbringung von armen, schwächlichen Kindern auf dem Lande zu berathen. Herr Bürgermeister Bönisch begrüßte mit herzlichen Worten die Erschienenen und dankte namentlich dem bisherigen Vorsitzenden des Ausschusses für Ferienkolonieen, Herrn Oberarzt Dr. Unruh, für die ganz außerordentlich erfolgreiche Thätigkeit, mit welcher er seit einer Reihe von Jahren diesem Gebiete praktischer Nächstenliebe gedient habe. Herr Dr. med. Richard Schmaltz (Pragerstraße 36), der nunmehrige Vorsitzende des Ausschusses, versicherte, daß er von jeher in den Ferienkolonieen eine Aufgabe nationaler Hygiene erblickt habe, die tief und segenbringend eingreife in die verschiedensten Kreise des sozialen Lebens. Im vorigen Jahre konnte der Ausschuß 517 armen, schwächlichen Kindern einen Landaufenthalt vermitteln, außerdem aber noch 56 auffallend schwächlichen Mädchen eine besondere „Nachpflege" zutheil werden lassen. Bei dem fortschreitenden Wachsthum unserer Stadt ist es gewiß wünschenswerth, mindestens auf dieselbe Zahl wieder zuzukommen. Außerdem hat im vorigen Winter die Influenza-Epidemie ganz besonders schädigend auch auf die Gesundheit der Kinder eingewirkt, sodaß das Bedürfniß nach Erholung und Kräftigung ein allgemein dringendes ist. In einigen Tagen wird der Ausschuß einen Aufruf erlassen, um unsere begüterten, wohlthätigen Mitbürger um **Beiträge für das Liebeswerk zu bitten.** Jeder, der den unter den Schäden der Großstadt leidenden, von Noth und Siechthum bedrückten Kindern das kostbare Gut der Gesundheit verschaffen oder erhalten will, der ihnen die jugendliche Frische retten und im Ergehen in Gottes herrlicher Natur eine unversiegliche Quelle reiner Lebensfreude erschließen möchte, unterstütze das edle Liebeswerk. Unsere Geschäftsstelle nimmt Beiträge jederzeit gern entgegen. Auch die Stadt-(Milch-)Kolonieen will der Ausschuß wieder einrichten, wenn ihm, wie bisher, Milchspenden in uneigennützigster Weise zur Verfügung gestellt werden. Im vorigen Jahre wurde dem Ausschusse eine Summe übergeben mit der Bestimmung, dieselbe als Grundstock zur Errichtung von Sommerpflegehäusern anzulegen. Ueber diesen Gegenstand trat der Ausschuß in längere Berathung und betraute einen Unterausschuß mit der Erledigung der nöthigen Vorarbeiten. Die Auswahl der Orte, Wirthe, Führer ꝛc. wird dem engeren Ausschusse überlassen. So möge denn der Segen, der auf dem Unternehmen der Ferienkolonieen bisher ruhte, sich auch dieses Jahr erneuern!

— **Das Ehrengericht der Anwaltskammer für das Königreich Sachsen** hielt gestern Mittag mehrere Sitzungen im Justizgebäude ab, bei welchen den Vorsitz Herr Justizrath Dr. Schaffrath führte, während die Staatsanwaltschaft von Herrn Oberjustizrath Reiche-Eisenstuck, Oberstaatsanwalt beim Kgl. Oberlandesgericht, vertreten war.

— Bei der **Volkszählung** in diesem Jahre werden im Großen und Ganzen die vom Bundesrathe für frühere Volkszählungen getroffenen Anweisungen aufrecht erhalten. Doch soll eine Erhöhung des inneren Werthes der statistischen Nachweise angestrebt werden. Schon nach der letzten Zählung hatte die Reichsverwaltung sich veranlaßt gesehen, auswärtigen Regierungen auf ihr Ansuchen Mittheilungen über deren im Reichsgebiete gezählte Angehörige zu machen; jetzt sind mit einer Reihe fremder Regierungen Abreden behufs Austausches solcher Mittheilungen getroffen worden, welche es nöthig machen, daß die in den deutschen Zählungsformularen enthaltenen bezüglichen Angaben in auszugsweiser Abschrift dem kaiserlichen statistischen Amt mitgetheilt werden. Ferner wurde bisher bei der Verhandlung solcher Gemeinden, welche mehrere Wohnplätze umfassen, nicht gleichmäßig verfahren. Jetzt wird vorgeschlagen, daß da, wo die Aufstellung nach Gemeinden erfolgt, auch über die innerhalb der letzteren belegenen Wohnplätze von mindestens 2000 Einwohnern Nachweise geliefert werden. Es soll bei Wohnplätzen von der bezeichneten Einwohnerziffer eine Eintheilung der Zählbezirke dahin getroffen werden, daß sie ausschließlich aus Theilen des betreffenden Wohnplatzes bestehen. Ferner sind die zahlreichen Benennungen für die christlichen Bekenntnisse auf 14 Gruppen reduzirt worden. Die Uebersicht der ortsanwesenden Bevölkerung nach Geschlecht und Geburtsjahr unterscheidet die Bevölkerung nach den einzelnen Geburtsjahren. Auf die bei der vorigen Zählung geforderte Spezialnachweisung der aktiven Militärpersonen in der gleichen Unterscheidung ist diesmal verzichtet; dieselbe war aufgestellt worden, um die Ausscheidung dieser Personen aus der Gesammtbevölkerung bei allen Geburtsjahren bewirken und so für die Nachweise der Kriminalstatistik ein korrektes Vergleichsmaterial herstellen zu können; da die Altersverhältnisse der Militärpersonen aber ziemlich konstant bleiben, so erscheint eine Wiederholung der Aufstellung jetzt nicht erforderlich. Im Uebrigen sind einzelne kleine Veränderungen gegen früher vorgeschlagen, welche zur Erleichterung des Zählungsgeschäftes bestimmt sind.

— Die am Sonntage von Herrn Pastor Lic. Dr. Lieschke unter Assistenz der Herren Hofrath Jencke und Vicedirektor Stößner vollzogene Konfirmationshandlung im hiesigen **Taubstummen-Institute** gestaltete sich zu einem tiefergreifenden Akte. Aus den verschiedensten Orten unseres Sachsenlandes waren die Eltern bezw. Verwandten der zu konfirmirenden Zöglinge herbeigekommen, um mit den jungen Christen gemeinsam das heilige Abendmahl feiern zu können. Dankbar und freudig bewegt folgten die andächtig Versammelten den herzerhebenden und tröstenden Worten des allverehrten Dieners des göttlichen Wortes. Die feierliche Entlassung der 39 abgehenden Zöglinge fand Montag früh 8 Uhr statt, wobei Herr Vicedirektor Stößner den Scheidenden und deren Erziehungspflichtigen ernste Mahnungen und Worte ermuthigenden Hoffens zu Herzen führte. Während die Knaben, von denen je einer Porzellanmaler, Glasschleifer, Drechsler, Gürtler, Schneider, Strumpfwirker, Pantoffelmacher, je 2 Sattler, Dekorationsmaler, Schuhmacher und 9 Tischler werden, durch tüchtige Lehrmeister entsprechende Ausbildung erlangen, kehren die Mädchen in das elterliche Haus zurück, um sich im Hauswirthschaftlichen, Nähen, Feinstricken ꝛc. nützlich zu machen. Interessant ist die zur Zeit in der ersten Etage der Anstalt eröffnete Ausstellung weiblicher Handarbeiten und der im Laufe des verflossenen Schuljahres von den Schülern gefertigten Zeichnungen. Die Aufnahme neuer Zöglinge geschieht nächsten Montag.

— Das Kaiserl. **Japanische** Unterrichtsministerium hat die Herren Finanzdirektor H. Kubota, Professor H. Terada und K. Kimura zum Besuche der deutschen Schulen ausgesendet. Dieselben nahmen vorgestern mit großem Interesse Kenntniß von der Dresdner Gewerbeschule, ihren Einrichtungen und Leistungen, wie auch von der Königl. Vorschule der Kunstgewerbeschule, empfingen im Ministerium des Innern und im Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts die in Bezug auf Schulgesetzgebung und sächs. Schulen erschienenen neuesten Schriften und besichtigten am Abende die Druckerei der Dresdner Nachrichten.

— Für weitere Kreise, besonders im Baufach, dürfte es von Interesse sein, daß Seitens der hiesigen **Klempnergehilfen** seit Montag den 5. d. ein theilweiser **Streik** begonnen worden ist zur Erzielung nachstehender Forderungen: 1) Minimallohn von 35 Pfg. für Werkstatt-Arbeiten, 40 Pfg. für alle Arbeiten außerhalb der Werkstatt, jedoch innerhalb Dresdens, für Ueberstunden 25 Proz., für Nacht- (nach 9 Uhr Abends) und Sonntagsarbeit 50 Proz. Zuschlag. 2) Für Akkord-Arbeiten 15 Proz. Zuschlag. Stunden dürfen aber nicht unter Minimallohn kommen. 3) 10 Stunden Arbeitszeit, Montags und Sonnabends nur 9 Stunden. 4) Anschaffung sämmtlicher Werkzeuge vom Meister. 5) Unbeanstandetes Sammeln von Streikgeldern und zum Agitationsfond. 6) Anerkennung und Benutzung des Arbeitsnachweises des Fachvereins bei Beger, Flemmingstraße. Daß nun die Ansprüche im Punkt 1 nicht erfüllbar sind, dürfte jedem dem Klempnerhandwerk Nahestehenden einleuchten, umsomehr, als die Bausaison heuer ihren Höhepunkt überschritten und beträchtliche freiwillige Zulagen in den meisten größeren Werkstätten schon längst und wiederholt erfolgt sind. Punkt 3 ist insofern erledigt, als in den meisten Werkstätten die wirkliche Arbeitszeit höchstens 10½ Stunden und Montags und Sonnabends 9¼ Stunden beträgt. Punkt 4 ist insofern bei den meisten Werkstätten ohne Belang, als daselbst schon längst das Werkzeug (mit Ausnahme des bei jedem ordentlichen Gehilfen vorhandenen Eigenthumswerkzeug: Scheere, Zollstab, Schaber, Reißzale) vom Meister selbst beschafft wird. Die Meister werden bei fortdauerndem Streik in nächster Zeit bei Bauten wohl einigermaßen die Nachsicht der Bauherren in Anspruch nehmen müssen.

— Der sächsische **Schuhmacher-Innungsverband** hat an den Reichstag eine Petition abgesandt, welche dahin geht, es möge den Handwerkern, welche selbstständig (auf eigene Rechnung) ihr Gewerbe betreiben und ein höheres Einkommen als die Arbeiter, welche durch Gesetz zum Beitritt verpflichtet sind, nicht haben, der freiwillige Beitritt zur Alters- und Invaliditätsversicherung gestattet werden. Dieser Wunsch wird in den Kreisen sämmtlicher anderer kleinerer Handwerker getheilt.

— Nächsten Freitag findet Vormittags **11 Uhr Kreisausschuß-Sitzung** statt.

— In der gestrigen Nummer des „Dresd. Journ." veröffentlicht das Königl. Ministerium des Innern die ausführliche Verordnung zur Ausführung des Reichsgesetzes betreffend die **Invaliditäts- und Altersversicherung** vom 22. Juni 1889.

— Den Inhabern der **Partialobligationen** der auf den Staat übergegangenen 3½prozentigen Anleihen von 1838/41 der vormaligen Leipzig-Dresdner Eisenbahn-Compagnie wird bekannt gegeben, daß die Auszahlung der den 1. Juli d. J. fälligen Zinsen dieser Anleihe vom 15. d. M. an erfolgt.

— Die **Wittwen- und Waisenkasse von Lehrern an höheren Schulen Sachsens**, gegründet im Jahre 1885, besitzt bereits ein Stammvermögen von 5000 Mk. Sie zählt bereits 142 Mitglieder an 24 höheren Lehranstalten. Im Jahre 1888 begründete der Dresdner Realschulmännerverein bei der genannten Kasse eine Hochschulstiftung, welche bestimmt ist, Söhnen verstorbener Kassenmitglieder Unterstützung zu gewähren, wenn sie eine Hochschule besuchen, sowie bedürftig und würdig sind. Ende April dieses Jahres haben wohlthätige Frauen hiesiger Stadt eine Töchterheim-Stiftung für unverheirathete Töchter verstorbener Kassenmitglieder begründet. Die Kasse unterstützt gegenwärtig 8 Wittwen und 6 Waisen. Auskunft über die Kasse, insbesondere über die Aufnahme-Bedingungen ertheilt Dr. M. Welte-Dresden, Ammonstraße 50.

— Bei dem vorgestrigen **Gewitter** hat der Blitz außer den bereits angegebenen Fällen in den Fußweg der Oppellstraße, in einen Güterboden des Leipziger Bahnhofs, auf der Maternstraße, in die Leitung des Blitzableiters der Dreikönigskirche in Neustadt, in einen Baum vor dem Hause 8 der gr. Klostergasse, in ein Haus der Forststraße, der Güterbahnhofstraße und in die Anlage der elektrischen Beleuchtung des Grundstücks Dianasaal am Jagdweg eingeschlagen. Die Beschädigungen sind unbedeutender Art, der Blitz hat nirgends gezündet und sind Personen nicht verletzt worden.

— Gestern früh in der vierten Stunde ward die **Feuerwehr** nach dem Taschenberge gerufen. Es stellte sich alsbald heraus, daß ein Eingreifen nicht nöthig war, da der weithin sichtbare Rauch den daselbst lagernden Coakesthürmen entstiegen war.

— Am Montag verschied der langjährige beliebte Gemeindevorstand von **Blasewitz**, Königl. Friedensrichter a. D., Ritter ꝛc. Herr C. F. Tauscher nach langer Krankheit. Blasewitz' gedeihliche Entwickelung ist nicht zum Mindesten das Verdienst des Verblichenen. Nach ihm trägt u. A. in Blasewitz eine Straße ihren Namen.

— Bei dem Unfuge des Walpurgisschießens wurden in **Schneeberg** ein Tischlergeselle, sowie ein Knabe und ein Mädchen durch Schrotschüsse verwundet; zwei der Letzteren mußten sofort ärztlich behandelt werden.

— Am Sonnabend fand in **Kloster Zella** bei Nossen die diesjährige Fohlenmusterung mit Prämiirung statt, welche Se. Exc. der Herr Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz durch seine Gegenwart beehrte.

Fortsetzung des örtlichen Theiles auf Seite 4 und 9.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Bei der Eröffnung des **Reichstages** war der Kaiser von den Prinzen des Königl. Hauses und von Angehörigen anderer deutscher Fürstenhäuser, unter denen sich Prinz Rupprecht und Herzog Max Emanuel von Bayern befanden, umgeben. Die Kaiserin und die Prinzessinnen wohnten der Eröffnung in einer Loge bei. Graf Moltke brachte bei dem Eintritt des Hofes das Hoch auf den Kaiser aus. Derselbe nahm vom Reichskanzler die Thronrede entgegen und verlas dieselbe mit lauter Stimme, mehrmals durch lebhaften Beifall unterbrochen. Nach der Verlesung erklärte der Reichskanzler den Reichstag für eröffnet. Der bayrische Gesandte Graf Lerchenfeld brachte, als der Kaiser sich entfernte, ein Hoch auf denselben aus.

Eine große Ueberraschung bietet die in der Thronrede angekündigte beträchtliche Erhöhung der Friedenspräsenzstärke. Auf eine Vermehrung der Artillerie war man vorbereitet, nicht aber auf eine solche der Fußtruppen und Reiterei. An der russischen und an der französischen Grenze sollen die Infanterieregimenter und die Jägerbataillone auf einen erhöhten Etat, d. h. auf Kriegsstärke, gebracht werden, an der französischen Grenze auch die Cavallerie-Regimenter. Diese Grenztruppen sollen im Kriegsfalle nicht erst ihre Reserven abzuwarten brauchen, sondern in genügender Stärke augenblicks an die Grenze vorrücken und feindliche Einfälle zurückschlagen können. Das mag ein Bedürfniß sein; aber die Erkenntniß dieses Bedürfnisses ist erst einige Monate alt. Noch Mitte Januar d. J. richtete der Abgeordnete v. Bennigsen die Frage an den Kriegsminister v. Verdy, ob mit allen damals erfolgenden Bewilligungen dem Bedürfniß der Regierung endgiltig genügt sei. Der Kriegsminister bejahte dies vorbehaltlos. Gleichwohl wird jetzt eine Vermehrung der Friedenspräsenzstärke aus beweglichen Gründen für unabweisbar erklärt. Die Anschauungen in der obersten Landesvertheidigung über das, was unbedingt zur Sicherung der Grenzen nothwendig ist, müssen sich daher in neuerer Zeit geändert haben. Ein Widerspruch zwischen der sich immer friedlicher gestaltenden Lage der Dinge mit diesen militärischen Neuforderungen ist unverkennbar. Wohl rächen sich Versäumnisse nirgends furchtbarer als auf militärischem Gebiete, aber Wem fiele nicht bei diesen Neuforderungen die Schraube ohne Ende ein? Die Militärverwaltung hat sich im Bundesrathe eine 4malige Ermäßigung ihrer ursprünglichen Forderung gefallen lassen müssen, Sache des Reichstages ist es, genau zu prüfen, ob nicht die Sicherung der Reichsgrenzen auch durch ein geringeres finanzielles Opfer als jährlich 18 Millionen zu ermöglichen ist.

Am 15. Mai tritt in Paris die internationale Telegraphenkonferenz zusammen. Auf dieser beabsichtigt Herr v. Stephan Vorschläge zur Vereinfachung und Verbilligung des internationalen Telegraphenverkehres zu stellen, gegen die sich vielleicht aus Furcht vor finanziellen Verlusten Stimmen erheben werden, die aber doch schwerlich auf die Dauer werden zurückgewiesen werden können. Aehnlich wie im Weltpostverein, wo bereits einheitliche Grundsätze in Bezug auf Gebührenwesen, Abrechnung und Durchgangsverhältnisse bestehen, sollen die Verschiedenheiten der Depeschengebühren dadurch aufgehoben werden, daß für den europäischen Telegraphenverkehr nur zwei billige Gebührensätze von 10 und 13 Pfennigen eingeführt werden. Bisher zahlt man — warum, weiß der Himmel, — beispielsweise für Depeschen nach Oesterreich und der Schweiz 10 Pfg., nach Frankreich und England 15 Pfg., nach Italien und Schweden 20 Pfg., nach Spanien 25 Pfg., nach Griechenland 40 Pfg., nach der Türkei 45 Pfg. Eine Abrechnung zwischen den Verwaltungen des Abgangs- und des Bestimmungslandes soll fortan nicht mehr stattfinden. Jede Verwaltung behält vielmehr die von ihr erhobenen Gebühren. Aus dem Betrage derselben hat sie, wenn ein Transit in Betracht kommt, 50 Cts. für das Telegramm an die Verwaltung des Transitlandes zu entrichten. Bisher mußte für jedes Wort, sowie auch für die verschiedenen Transitstrecken eine Transitgebühr nach vielgestaltigen Transitsätzen entrichtet werden. Ueber die neue Einheitstransitgebühr soll auch nicht für jedes Telegramm abgerechnet werden, sondern es sollen die Transittelegramme an einem Wochentage in jedem Monat gezählt und daraus Pauschsummen gebildet werden.

Offiziös wird angedeutet, wozu die 4½ neuen Millionen für Ostafrika dienen sollen: „Es hat sich die Nothwendigkeit ergeben, die Zahl der schwarzen Mannschaften der Schutztruppen um 600 Mann zu erhöhen und selbstverständlich gleichzeitig eine entsprechende Vermehrung der Zahl deutscher Offiziere und Unteroffiziere vorzunehmen. Außerdem soll eine neue Dampfbarkasse beschafft werden, während weitere Gelder zur Ergänzung des Kriegsmaterials, der Kasernenneueinrichtungen ꝛc. erforderlich werden."

Ueber den Empfang der deutschen Gesandtschaft beim Negerfürsten Mandara von Chagga am 20. Februar berichtet ein Augenzeuge dem Londoner „Standard", daß der Häuptling nicht allzusehr von den Geschenken, welche Kaiser Wilhelm dem Sultan durch den Leutnant Ehlers überreichen ließ, erbaut war, trotzdem dieselben einen Werth von mehreren Tausend Mk. repräsentirten. Die Geschenke bestanden hauptsächlich in einem massiven, mit Diamanten und Rubinen besetzten Ringe, einer schweren Halskette, einem goldgestickten Hermelinmantel, einem silbernen Pokal, einem Medaillonportrait des Kaisers, einem Teppich, Brustpanzer, Nähmaschine, mechanischem Spielzeug, 4 kleinen Schiffskanonen und einem Faß Pulver. Auf die Bitte der deutschen Offiziere, ihnen einige Speere zu geben, um sie „dem König von Europa" zu schicken, erwiederte Mandara: „Ihr habt mir nur Spielzeug geschenkt, aber kein Tuch und keine Kanonen". — „Aber die 4 Kanonen", warf Oberst X. (vermuthlich Leutn. Ehlers ein). „Damit kann man Niemanden bekämpfen", gab Mandara zur Antwort. „Adieu", sagte Oberst X., „ich werde dem König von Europa sagen, daß Du ein schlechter König bist" Sofort brach die Gesandtschaft auf, obgleich der König sie zurückrief. Die Gesandtschaft hatte jedoch kaum die Hälfte des Weges nach der Station zurückgelegt, als zwei Boten, der eine von ihnen der erste Minister, jeder einen der besseren Speere tragend, sie einholte. Ihre Botschaft lautete: „Sagt dem Warjungun, daß der König seine Worte bereut und sich entschuldigen läßt, weil er zu viel Pombe getrunken hatte". Einige Tage später wurde eine hohe Stange bei der Wohnung des Königs errichtet, von welcher gegen ein monatliches Geschenk die deutsche Flagge wehen darf.

Für das Verhältniß zwischen Stanley und Emin Pascha ist folgende Mittheilung recht bezeichnend. Als Stanley trotz der Weigerung Emins darauf beharrte, diesen zum Verlassen der Aequatorial-Provinz und zur Rückkehr nach Europa zu bewegen, durchschaute Emin bald die Situation und sprach Stanley gegenüber die direkte Vermuthung aus: „Sie wollen mich ja doch nur nach Europa bringen, um mich wie ein seltenes Thier in den zoologischen Gärten zu zeigen, aber dazu gebe ich mich nicht her." — Vielleicht ist dies auch mit ein Grund, weshalb Emin Pascha nach seinem schweren Unfalle in Bagamoyo es sich nicht vergönnt hat, eine Erholungsreise nach Europa zu machen. Mit Freuden nahm er das Anerbieten Deutschlands an, in die Dienste des Vaterlandes zu treten, obwohl er nur ein Jahresgehalt von 20,000 Mk. bezieht, während ihm die Engländer das Vierfache, nämlich 4000 Pfd. Sterl. Jahresgehalt geboten hatten. Auch der italienische Forschungsreisende Casati, welcher im vorigen Jahrzehnt als Gouverneur von Bar-el-Ghasal fungirte und sich nachher lange bei Emin Pascha aufhielt, ist jetzt in deutsche Dienste getreten. Es ist somit